

Internationale IGB-Umfrage 2013

**Erstellt für die Tagung der G20-Arbeits- und Finanzminister
Moskau, Juli 2013**



Inhalt

Zusammenfassung	2
Regierung bekommt Arbeitslosigkeit nicht in den Griff	4
Regierung legt Fokus mehr auf Unternehmensinteressen	7
Politische Agenda zur Schaffung von Arbeitsplätzen	9
Sehr nachdrückliche Befürwortung einer sozialen Grundsicherung	12
Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer bieten keinen angemessenen Schutz	14
Globale Forderung nach Arbeitsplätzen	19
Anhang A: Methodik	21
Anhang B: Ländertabellen	22

Zusammenfassung

Nationale Regierungen als Versager angesehen

Im fünften Jahr der Finanzkrise läuft die Weltwirtschaft Gefahr, dass es in Europa zu weiteren Rezessionen kommt, da das Wachstum in aufstrebenden Volkswirtschaften allmählich ins Stocken gerät.

Steigende Arbeitslosenzahlen, extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit und der Mangel an menschenwürdigen Arbeitsplätzen sind derzeit die Hauptprobleme, mit denen sich die G20 auseinandersetzen sollte.

Aus der zweiten vom Internationalen Gewerkschaftsbund für die Gewerkschaftsgruppierung Labour 20 (L20) in Auftrag gegebene internationale Meinungsumfrage geht hervor, dass sich Bürgerinnen und Bürger auf der ganzen Welt von ihren Regierungen im Stich gelassen fühlen.

Die Umfrage wurde von TNS, einem weltweit tätigen Marktforschungsunternehmen, in 13 Ländern durchgeführt und gibt die Meinung von über der Hälfte der Weltbevölkerung wieder.

Die Umfrageergebnisse aus Belgien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Kanada, Indien, Japan, Russland, Spanien, Südafrika, dem Vereinigten Königreich und den USA sollten den Arbeits- und Finanzministern der G20 klar machen, dass sie unverzüglich handeln müssen.

Versagen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

80 Prozent der Teilnehmer an der internationalen IGB-Umfrage 2013 geben an, dass ihre Regierung dabei versagt hat, die Arbeitslosigkeit in ihrem Land wirksam zu bekämpfen.

Frauen sind am stärksten von der Finanzkrise betroffen und ihre Beschäftigungs- und Einkommenslage verschlechtert sich kontinuierlich.

Auch die Umfrageteilnehmer aus den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) vertreten mehrheitlich die Ansicht, dass ihre Regierungen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versagt haben.

Unternehmensinteressen werden über Arbeitnehmerinteressen gestellt

G20-Staaten und viele Teile der Welt sind derzeit mit Beschäftigungsnotstand und einer Vertrauenskrise in die Führung ihrer Länder konfrontiert, die sich als ebenso gefährlich wie die Krise von 2008 erweisen könnten.

Bürgerinnen und Bürger rund um die Welt fühlen sich von ihren Regierungen im Stich gelassen, da diese offensichtlich die Interessen der Unternehmen über die Interessen der arbeitenden Familien stellen, während Arbeitslosigkeit und Einkommensungleichheit immer weiter zunehmen.

Nur 13 Prozent der Umfrageteilnehmer glauben, dass für ihre Regierung tatsächlich die Interessen der arbeitenden Familien im Mittelpunkt stehen.

Ernsthafte Zweifel daran, dass die derzeitigen Arbeitsgesetze wirklich greifen

Bürger aus der ganzen Welt sagen, dass die derzeitigen Arbeitsgesetze nicht für angemessene Arbeitsplatzsicherheit (64 Prozent) und faire Löhne und Gehälter (64 Prozent) sorgen und in geringerem Ausmaß bezweifeln Bürger aus der ganzen Welt (38 Prozent) auch, dass mit den derzeitigen Arbeitsgesetzen tatsächlich vernünftige Arbeitszeiten gewährleistet werden können.

Befürwortung eines Plans zur Schaffung von Arbeitsplätzen, von Investitionen und starken Arbeitsmarktinstitutionen

Die G20 muss sich darum bemühen, die Dynamik ihrer wirtschaftlichen Führungsposition zu erneuern und muss zeigen, dass sie dazu bereit ist, bereits gemachte und künftige Zusagen umzusetzen.

Aus der internationalen IGB-Umfrage 2013 geht hervor, dass die große Mehrheit der Öffentlichkeit eine Investitionspolitik zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Förderung starker Arbeitsmarktinstitutionen befürwortet.

Die L20 hat die G20-Regierungen kontinuierlich aufgefordert, Beschäftigung in den Mittelpunkt ihrer Konjunkturstrategien zu rücken und die Arbeitsmarktinstitutionen zu stärken, um eine gerechte Einkommensverteilung zu erzielen, und zwar anhand folgender Maßnahmen:

- **Investition in neue grüne Technologien zur Schaffung von Arbeitsplätzen.**

92 Prozent der Befragten befürworten Investitionen in Bildung, Forschung und neue Technologien zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Entwicklung neuer Branchen und Senkung der Arbeitslosigkeit. 88 Prozent befürworten Investitionen in saubere Energie und grüne Wirtschaftszweige.

- **Konzerne dazu bringen, Steuern zu zahlen.**

86 Prozent der Bürger dieser Welt wünschen sich, dass der Steuervermeidung ein Ende gesetzt wird. 80 Prozent sind auch offen für eine Steuererhöhung für große Konzerne.

- **Verstärkte Bemühungen der Regierungen, die Interessen der Arbeitnehmer und deren Familien zu schützen.**

Die Öffentlichkeit **befürwortet** mehrheitlich eine soziale Grundsicherung mit aktiven einkommensunterstützenden Maßnahmen, wie etwa Leistungen im Falle von Arbeitslosigkeit (88 % dafür), Altersversorgung (74 Prozent voll und ganz dafür) und erschwinglicher Zugang zu Bildungsangeboten (72 Prozent voll und ganz dafür), Gesundheitsversorgung (76 Prozent voll und ganz dafür) und Kinderbetreuungsangeboten (58 Prozent voll und ganz dafür).

- **Verabschiedung und Stärkung nationaler und internationaler arbeitsrechtlicher Bestimmungen.**

99 Prozent befürworten Gesetze zum Schutz des Streikrechts, 96 Prozent befürworten einen Mindestlohn, 91 Prozent befürworten das Recht auf Kollektivverhandlungen und 91 Prozent befürworten Gesetze zum Schutz des Rechts auf Gewerkschaftsbeitritt.

Sharan Burrow

Generalsekretärin, Internationaler Gewerkschaftsbund

Regierung bekommt Arbeitslosigkeit nicht in den Griff

„... das globale Wachstum ist weiterhin zu schwach und die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern weiterhin zu hoch.“

Kommuniqué der G20-Finanzminister und Zentralbankgouverneure, Washington DC

18. – 19. April 2013

Maßnahmen der Regierungen im Hinblick auf Arbeitslosigkeit

80 Prozent aller Umfrageteilnehmer geben an, dass ihre Regierung dabei versagt hat, die Arbeitslosigkeit in ihrem Land wirksam zu bekämpfen.

Auch Umfrageteilnehmer aus den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) und aus Deutschland vertreten mehrheitlich die Ansicht, dass ihre Regierungen bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit versagt haben.

In Russland geben 73 Prozent der Befragten an, dass die Regierung bei der wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versagt hat und stehen damit auf einer Stufe mit Deutschland, vor China und Brasilien.

Politischer und sozialer Hintergrund

Die Arbeitslosigkeit wird in vielen Ländern steigen und die weltweit bereits jetzt inakzeptable Zahl von 200 Millionen arbeitslosen Menschen noch weiter in die Höhe treiben.

Diese Zahlen kaschieren, dass sich 39 Millionen Frauen und Männer seit Einsetzen der Krise weltweit aus dem Erwerbsleben zurückgezogen haben.

Fast 75 Millionen Arbeitslose sind junge Menschen unter 25.

Empfehlungen der L20

Die Beschäftigungszusagen der G20-Arbeitsminister und politischen Führer beim Gipfel in Los Cabos könnten, wenn sie umgesetzt würden, wirklich viel bewirken, was die Wiederherstellung wirtschaftlichen Wachstums betrifft.

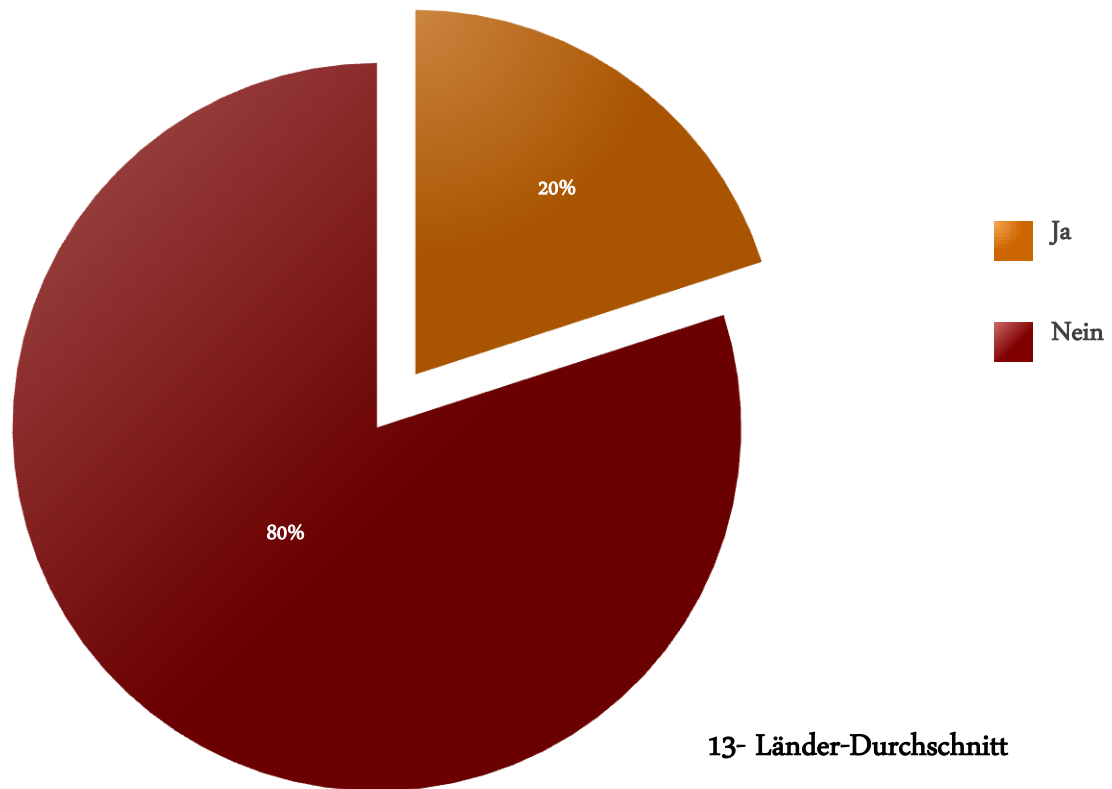
Aber solange das nur Sätze in irgendwelchen Kommuniqués sind, die nicht in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, wird das lediglich dazu führen, dass das Vertrauen der Bürger in die Regierungen der G20-Staaten weiter schwindet.

Die L20 fordert die G20-Arbeits- und Finanzminister auf:

- Beschäftigungsziele oder -indikatoren festzulegen, die beim G20-Prozess gegenseitiger Bewertung für 'starkes nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum' herangezogen werden können.

Der G20-Task Force für Beschäftigung ein ständiges Mandat zur Durchführung eines regelmäßigen Monitorings der Umsetzung der bereits getroffenen Vereinbarungen zu übertragen, beginnend mit der Umsetzung der 2012-Strategien zur Bekämpfung der steigenden Jugendarbeitslosigkeit und zur Förderung hochwertiger Lehrstellen, gefolgt von der Formalisierung von Unternehmen und Arbeitsplätzen, die im informellen Sektor gefangen sind.

Hat die Regierung Arbeitslosigkeit effektiv bekämpft?



Frage: Q4. Sind Sie der Meinung, dass Ihre Regierung die Arbeitslosigkeit in den letzten ein oder zwei Jahren effektiv bekämpft hat?

Anmerkung: G=13.015

Hat die Regierung Arbeitslosigkeit effektiv bekämpft?

■ Ja ■ Nein



Frage: Q4. Sind Sie der Meinung, dass Ihre Regierung die Arbeitslosigkeit in den letzten ein oder zwei Jahren effektiv bekämpft hat?

Anmerkung G=13.015 für den Gesamtdurchschnitt der 13 Länder; N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land.

Die Antworten „weiß nicht“ wurden zur Vereinfachung der Abbildung weggelassen. Die Länder sind ausgehend vom höchsten Ergebnis bezüglich der Antwort 'Ja' angeordnet.

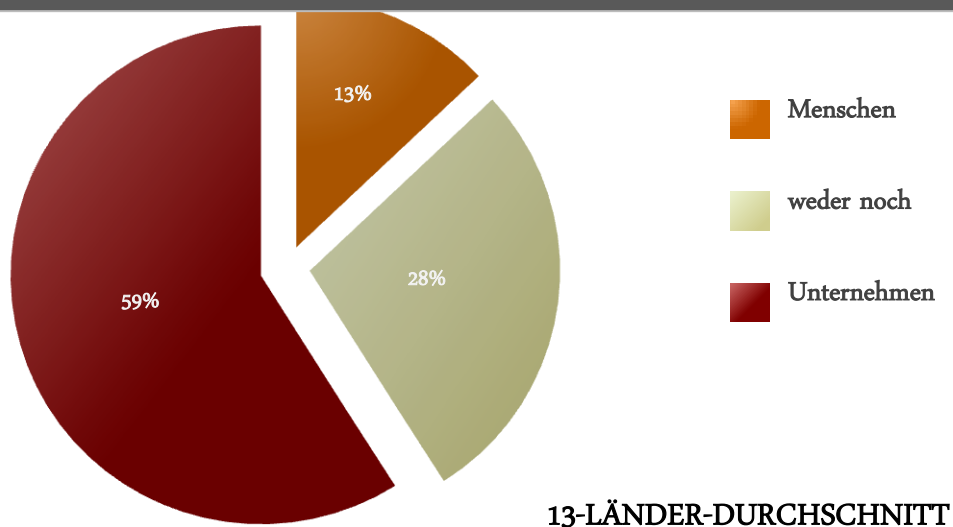
Regierung legt Fokus mehr auf Unternehmensinteressen

Regierungen legen Fokus mehr auf Interessen von Privatunternehmen und Finanzinstitutionen als von arbeitenden Familien

Über die Hälfte der Befragten (59 Prozent) glaubt, dass ihre Regierung den Fokus mehr auf die Interessen von „Privatunternehmen, Investoren und Finanzinstitutionen“ als auf die Interessen von „Arbeitnehmern und deren Familien“ legt.

Nur 13 Prozent glauben, dass ihre Regierung den Schwerpunkt mehr auf die Interessen der erwerbstätigen Familien legt.

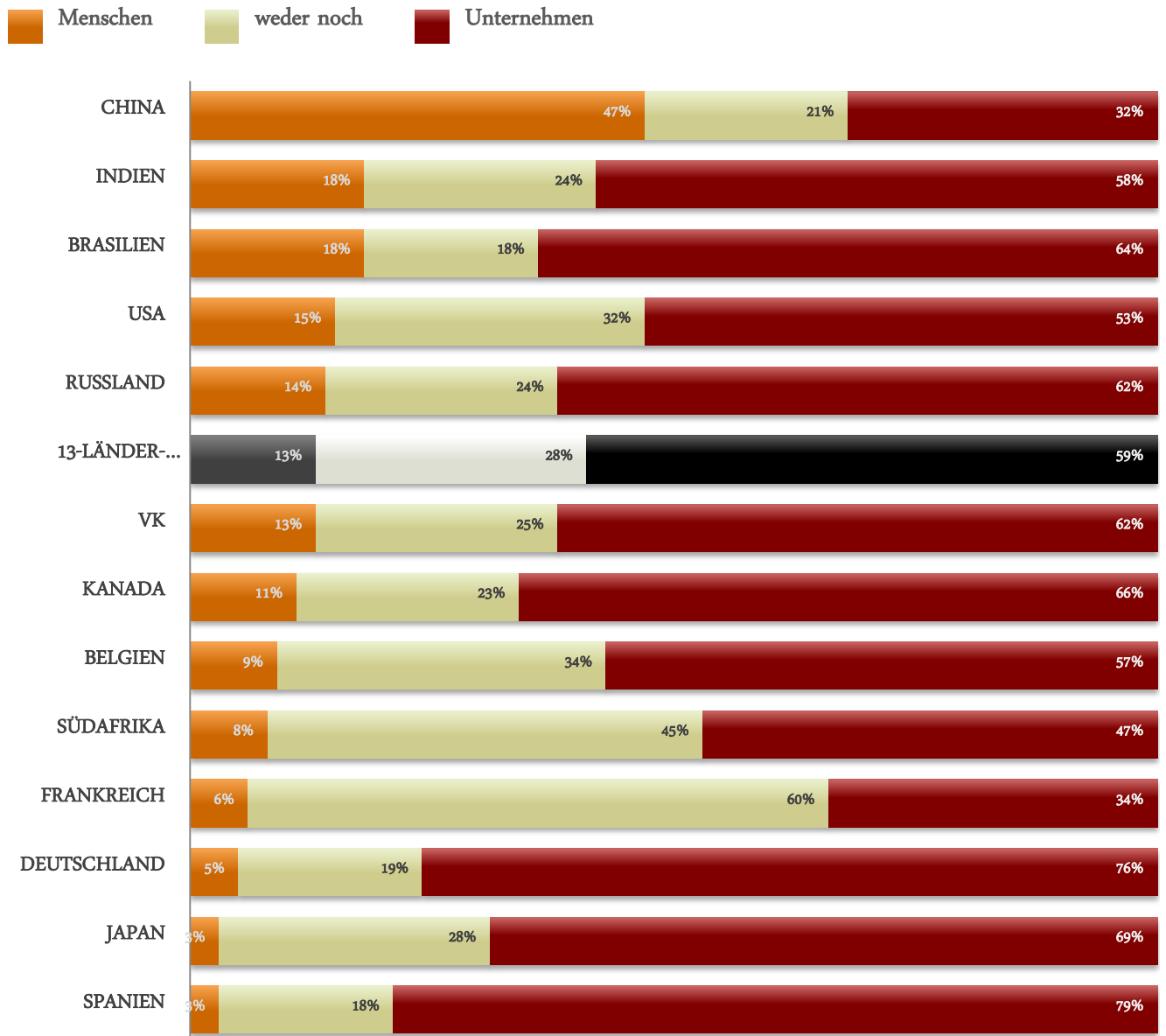
Wirtschaftspolitik der Regierung - wessen Interessen zuerst?



Frage Q5a Sind Sie der Meinung, dass Ihre Regierung bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen den Fokus in erster Linie auf die Berücksichtigung der Interessen von Arbeitnehmern und ihren Familien oder auf die Berücksichtigung der Interessen von Privatunternehmen, Anlegern und Finanzinstitutionen legt?

Anmerkung G=13.015.

Wirtschaftspolitik der Regierung-wessen Interessen zuerst?



Frage Q5a Sind Sie der Meinung, dass Ihre Regierung bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen den Fokus in erster Linie auf die Berücksichtigung der Interessen von Arbeitnehmern und ihren Familien oder auf die Berücksichtigung der Interessen von Privatunternehmen, Anlegern und Finanzinstitutionen legt?

Anmerkung G=13.015 für den Gesamtdurchschnitt der 13 Länder; N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land.

Die Länder sind ausgehend vom höchsten Ergebnis zu 'mehr Fokus auf Interessen der Arbeitnehmer und deren Familien' in absteigender Reihenfolge angeordnet.

Politische Agenda zur Schaffung von Arbeitsplätzen

Investitionen in grüne Technologien und Qualifikationen sowie eine gerechte Verteilung und Besteuerung von Einkommen

„In vielen Ländern können höhere Investitionen in Bildung, Innovation und Infrastruktur die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützen, wobei gleichzeitig Produktivität und künftige Wachstumsaussichten verbessert werden.“

Erklärung der G20-Spitzen, Los Cabos, Juni 2012

Öffentliche Befürwortung einer Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen

Investitionen in neue Technologien und grüne Wirtschaftszweige: Eine überwältigende Mehrheit von 92 Prozent der Befragten unterstützt 'öffentliche Investitionen in Bildung, Forschung und neue Technologien', wovon ganze 54 Prozent dem Konzept sogar 'voll zustimmen'. 'Öffentliche Investitionen in saubere Energie und grüne Wirtschaftszweige' werden von 88 Prozent befürwortet, davon von 44 Prozent 'voll und ganz'.

Nachdrückliche Befürwortung sauberer Energie in Russland. Das Ergebnis aus Russland sticht im Hinblick auf die emotionale Intensität der Befürwortung öffentlicher Investitionen in saubere Energie und grüne Wirtschaftszweige, die von 72 Prozent 'voll und ganz unterstützt' werden, hervor, womit das Ergebnis 28 Punkte über dem 13-Länder-Durchschnitt liegt.

Große und multinationale Konzerne müssen ihre Steuern zahlen: Die Steuervermeidung multinationaler Konzerne ist auf der ganzen Welt Stein des Anstoßes, wobei eine Politik zur Unterbindung der Steuervermeidung durch große und multinationale Unternehmen stark befürwortet wird (86 Prozent). Das Vereinigte Königreich führt die Tabelle im Hinblick auf die Befürwortung einer Politik zur Unterbindung der Steuervermeidung durch große und multinationale Konzerne an.

Offenheit für Anhebung der Steuern für große und multinationale Konzerne: Die Umfrageergebnisse zeigen, dass die meisten Befragten für eine Anhebung der Steuern für große und multinationale Konzerne sind. 80 Prozent befürworten solche Maßnahmen und lediglich 20 Prozent sind dagegen.

Weltweite Befürwortung von Steuererhöhungen für multinationale Unternehmen: China führt die Tabelle mit 88-prozentiger Befürwortung von Steuererhöhungen für multinationale Unternehmen an, gefolgt vom Vereinigten Königreich und Deutschland. Die emotionale Intensität der Befürwortung ist in Russland am ausgeprägtesten (66 Prozent sprachen sich 'voll und ganz dafür' aus, was 25 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der 13 Länder liegt).

Politischer und sozialer Hintergrund

Pro Jahr werden 21 Millionen Arbeitsplätze benötigt, um bis zum Jahr 2015 wieder auf den Vorkrisenstand zurückzukehren - G20-Staaten sind weit von der Erreichung ihres Ziels entfernt.

Schätzungen der IAO zufolge sind im kommenden Jahrzehnt 600 Millionen Arbeitsplätze erforderlich, um die Arbeitslosigkeit wieder auf ihren Vorkrisenstand zurückzuführen und neue Arbeitsplätze für diejenigen zu schaffen, die neu ins Erwerbsleben eintreten.

Insgesamt gesehen befinden sich die globale wirtschaftliche Lage und die derzeitige Politik nicht auf dem angepeilten Kurs und müssen umgehend korrigiert werden.

Empfehlungen der L20

Die G20-Regierungen müssen ihren in Los Cabos gemachten Zusagen gerecht werden und Maßnahmen zur Stützung der Binnennachfrage ergreifen, u.a. durch Investitionen in Bildung, Innovationen und Infrastruktur.

Diese Maßnahmen müssen gleichzeitig auch einen Übergang zu grüner Wirtschaft sicherstellen, da hier Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen vorhanden ist.

Zusammen mit der B20 fordert die L20 Investitionen in Infrastruktur, die stark von der Öffentlichkeit befürwortet werden.

Die L20 fordert die G20-Arbeits- und Finanzminister mit mehrheitlicher Unterstützung durch die Öffentlichkeit auf, im Rahmen eines G20-Plans zur Schaffung von Arbeitsplätzen folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- **Erhöhung der Steuereinnahmen:** Verlagerung des fiskalpolitischen Schwerpunkts weg von Sparpolitik und hin zu vermehrter Schaffung hochwertiger Beschäftigung und Ausgleich steuerlicher Ungleichgewichte durch mittelfristig wachstumsfördernde Maßnahmen durch eine Erhöhung der Steuereinnahmen;
- **Verhinderung und Abbau von Steueroasen:** Ergreifen von Maßnahmen, mit denen gezielt gegen die Erosion der Steuerbemessungsgrundlagen vorgegangen wird, Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen zwischen einzelstaatlichen Steuerbehörden und Unterstützung der Einführung einer Finanztransaktionssteuer;
- **Investitionen in Infrastruktur:** Verstärkte Investitionen in Infrastruktur und Schwerpunktlegung auf Projekte, durch die Wachstum und Arbeitsplätze gestärkt werden, darunter „grüne“ Investitionen und Arbeitsplätze im Rahmen einzelstaatlicher Strategien zur Förderung grüner Wirtschaft und nachhaltiger Entwicklungsstrategien.

Steuerpolitik



dafür



dagegen

Unterbinden von
Steuervermeidung durch
große Unternehmen

86%

14%

Steuererhöhung für
große Unternehmen

80%

20%

Steuersenkung für
große Unternehmen

24%

76%

Frage

Q6. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie die folgenden politischen Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Entwicklung neuer Branchen und zur Senkung der Arbeitslosigkeit unterstützen.

Anmerkung G=13.015

Politik der Investition



dafür



dagegen

in Bildung, Forschung und
neue Technologien

92%

8%

in saubere Energie und grüne
Wirtschaftszweige

88%

12%

Sehr nachdrückliche Befürwortung einer sozialen Grundsicherung

„Arbeitsplätze mit Gewerkschaftsrechten, Sozialversicherungspflicht und menschenwürdigem Einkommen tragen zu stabilerem Wachstum, Verbesserung sozialer Inklusion und Verringerung der Armut bei.“

Erklärung der G20-Spitzen, Los Cabos, Juni 2012

Für oder gegen die soziale Grundsicherung

Die große Mehrheit der Bürger dieser Welt wünscht sich, dass ihre Regierungen einen erschwinglichen Zugang zu Gesundheitsversorgung gewährleisten (97 Prozent 'dafür', davon 76 Prozent 'voll und ganz' dafür).

In Bezug auf zwei weitere politische Ziele, nämlich 'angemessene Altersversorgung' (96 Prozent dafür) und 'erschwinglicher Zugang zu Bildungsangeboten' (97 Prozent dafür) fielen die Antworten ähnlich positiv aus.

Die Umfrageteilnehmer aus der ganzen Welt reagieren ebenfalls positiv, wenn auch etwas weniger emotional, auf die Frage, ob die Regierung für erschwinglichen Zugang zu Kinderbetreuungsangeboten (92 Prozent) und für Leistungen bei Arbeitslosigkeit (88 Prozent dafür) sorgen sollte.

Nachdrückliche Forderung von Regierungsmaßnahmen in Spanien: Alle diese fünf Regierungsmaßnahmen werden in Spanien von sagenhaften 83 Prozent nachdrücklich befürwortet (mit 'voll und ganz dafür' bewertet).

Sehr nachdrückliche Befürwortung in Russland, Brasilien und Südafrika: Aus den Ergebnissen geht eine starke Befürwortung in Russland mit 83 Prozent, in Brasilien mit 80 Prozent sowie auch in Südafrika mit 78 Prozent hervor.

Frauen sprechen sich deutlich für ein Handeln der Regierung aus: Durchschnittlich sind 68 Prozent der Frauen 'voll und ganz' für die fünf angeführten Regierungsmaßnahmen. Bei Frauen unter vierzig Jahren steigt diese Zahl sogar auf 70 Prozent.

Wirtschaftlicher und sozialer Hintergrund

Sozialschutzsysteme wirkten in den Industriestaaten während der Krise als wichtige soziale und wirtschaftliche Stabilisatoren, die nun allerdings durch die öffentlichen Ausgabenkürzungen unter Beschuss geraten sind.

Die Sparpolitik führt auch zu einer zunehmenden Missachtung der Kernarbeitsnormen.

Laut der IAO verfügen weltweit 84 % derjenigen, die durch die Krise ihren Arbeitsplatz verloren haben, nicht über eine Arbeitslosenversicherung.

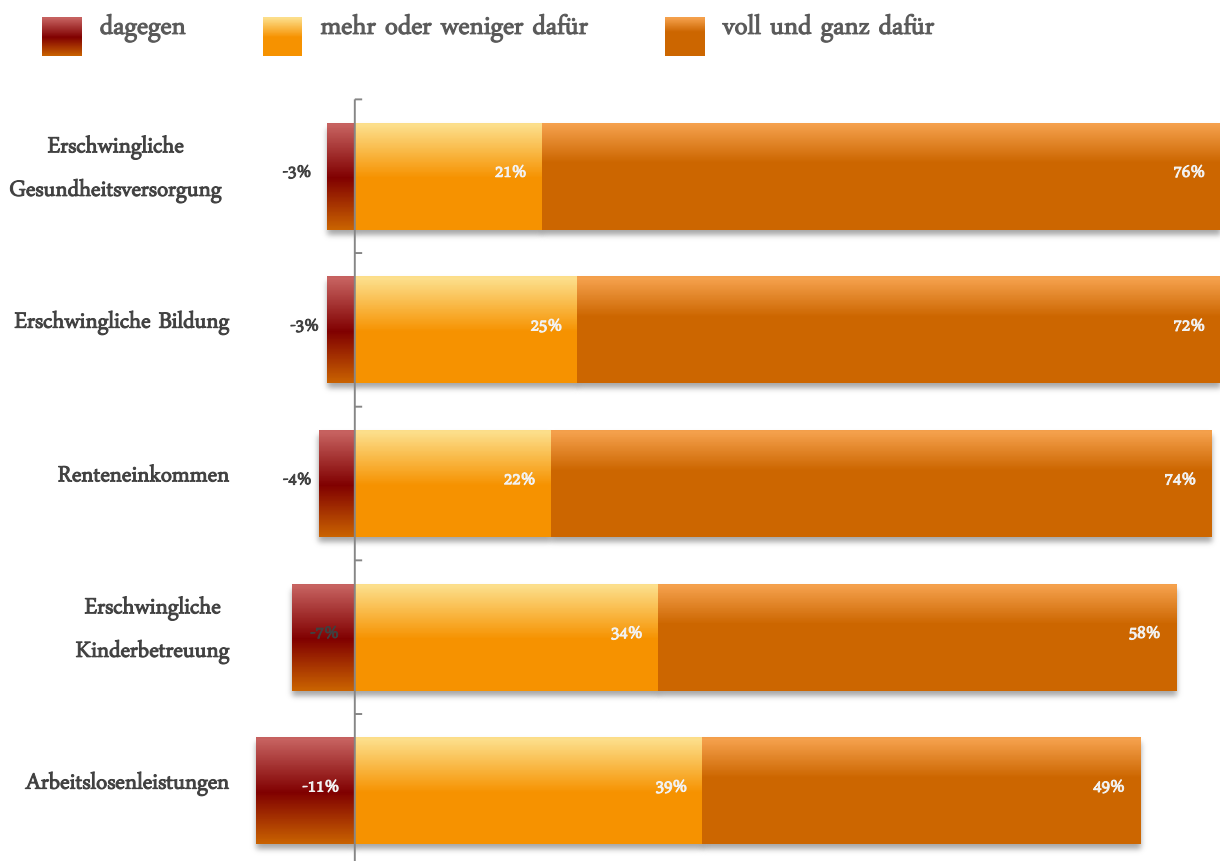
Empfehlungen der L20

Die L20 hat die G20-Regierungen kontinuierlich dazu aufgefordert, Beschäftigung in den Mittelpunkt ihrer Konjunkturstrategien zu rücken und die Arbeitsmarktinstitutionen zu stärken, um eine gerechte Einkommensverteilung zu erzielen.

Die L20 fordert die G20-Arbeits- und Finanzminister auf, einen Aktionsplan zur Förderung der Umsetzung einer weltweiten sozialen Grundsicherung, wie bei früheren G20-Treffen vereinbart, zu entwickeln und die Ratifizierung der IAO-Übereinkommen über soziale Sicherheit zu fördern, um die Systeme der sozialen Sicherheit generell auszubauen.

- Förderung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen in der Pflegewirtschaft, wie etwa Kinderbetreuung und Dienstleistungen für ältere und kranke Menschen, um Ungleichheit und unbezahlte Arbeit zu verringern, Arbeitsplätze zu schaffen, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu fördern und prekäre Tätigkeiten zu reduzieren;
- Investition in das öffentliche Bildungswesen, lebenslanges Lernen und Innovationen, um die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze zu unterstützen.

Sozialschutzpolitik



Frage: Q12. Wären Sie voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen, dass die Regierung an der Bereitstellung folgender Leistungen für Arbeiter und Angestellte arbeitet? Anmerkung: G=13.015 für Durchschnitt der 13 Länder; N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land.

Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer für Arbeitsplatzsicherheit, Mindestlöhne und vernünftige Arbeitszeiten bieten keinen angemessenen Schutz

Arbeitsgesetze bieten Arbeitnehmern keine angemessene Arbeitsplatzsicherheit: Über sechs von zehn Befragten (63 Prozent) geben an, dass die Gesetze ihres Landes keine ausreichende Arbeitsplatzsicherheit gewährleisten. Lediglich 36 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt. Im Rahmen dieser Umfrage sind diesbezüglich in der G20, der EU und in den BRICS-Staaten ziemlich ähnliche Muster festzustellen.

Japan am kritischsten im Hinblick auf gesetzlich verankerte Arbeitsplatzsicherheit: Teilnehmer aus Japan äußern sich am negativsten (81 Prozent) auf diese Frage und vertreten die Ansicht, dass japanische Gesetze den Arbeitnehmern nicht ausreichend Arbeitsplatzsicherheit bieten. Teilnehmer aus Russland (78 Prozent), Frankreich (71 Prozent) und Belgien (67 Prozent) äußern sich ebenfalls skeptisch zur Lage in ihren Ländern.

Aus China kommen die meisten positiven Einschätzungen des gesetzlichen Schutzes der Arbeitsplatzsicherheit: China ist das einzige Land unserer Umfrage, in dem eine Mehrheit der Teilnehmer (51 Prozent) angibt, dass ihre Arbeitsplatzsicherheit angemessen durch die Gesetze des Landes geschützt ist.

BRIC-Staaten liefern positives Bild des Schutzes der Arbeitsplatzsicherheit: Die Ergebnisse aus Brasilien, Russland, Indien und China tendieren im Allgemeinen eher zu einer positiven Einschätzung dazu, wie die Gesetze ihrer Länder zum Schutz der Arbeitsplatzsicherheit der Arbeitnehmer beitragen.

Frauen kritischer im Hinblick auf Schutz der Arbeitsplatzsicherheit: 66 Prozent der weiblichen Umfrageteilnehmerinnen geben an, dass die Gesetze ihres Landes im Hinblick auf den Schutz der Arbeitsplatzsicherheit unzureichend sind, womit sie 5 Prozentpunkte über dem entsprechenden Prozentsatz der Antworten der männlichen Teilnehmer liegen. Unter älteren Frauen (55 und älter) gibt sogar ein noch höherer Anteil von 70 Prozent an, dass der gesetzliche Schutz der Arbeitsplatzsicherheit unzureichend ist (gegenüber 28 Prozent).

Mindestlöhne: Eine große Mehrheit der Befragten (65 Prozent) glaubt nicht, dass die derzeitigen Gesetze den Arbeitnehmern angemessenen Schutz, durch den gerechte Löhne und Gehälter gewährleistet werden, bieten. USA, Kanada und das Vereinigte Königreich sind die einzigen Länder, in denen eine Mehrheit angibt, dass die Löhne und Gehälter ausreichend gesetzlich geschützt sind.

Vernünftige Arbeitszeiten: Die Einschätzungen des Schutzes vernünftiger Arbeitszeiten fallen wesentlich positiver aus.

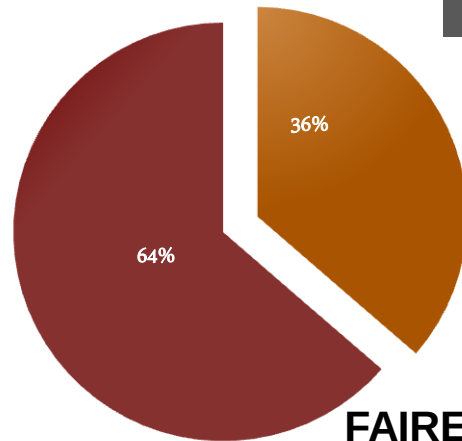
Japan - Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer: Die Einschätzung des gesetzlichen Schutzes aller drei Arbeitnehmerrechte fällt sehr negativ aus. Die japanischen Umfrageteilnehmer sind ziemlich besorgt über angemessenen gesetzlichen Schutz im Allgemeinen. Sie äußern sich nicht nur am negativsten zum gesetzlichen Schutz der Arbeitsplatzsicherheit in ihrem Land, sondern auch am negativsten zu angemessenen Arbeitszeiten (72 Prozent glauben nicht, dass angemessener Schutz gegeben ist, was 34 Punkte über dem weltweiten Durchschnitt liegt) und sie liegen an vierter Stelle der Länder mit den negativsten Antworten im Hinblick auf gesetzlichen Schutz eines fairen Lohns/Gehalts.

China - Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer: Während sich die chinesischen Teilnehmer optimistisch zu Arbeitsplatzsicherheit äußern, sind sie sehr negativ, was faire Löhne und Arbeitszeiten betrifft.

13-Länder-Durchschnitt

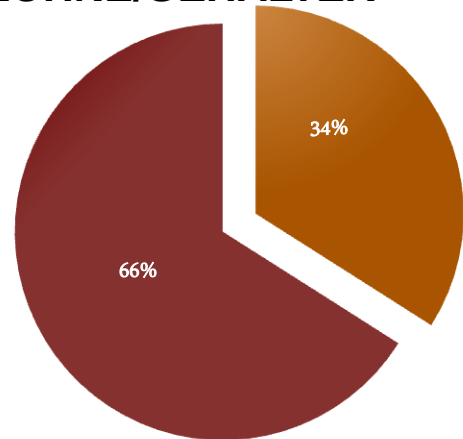
Sind die Arbeitnehmer
durch die Gesetze
geschützt?

ARBEITSPLATZSICHERHEIT

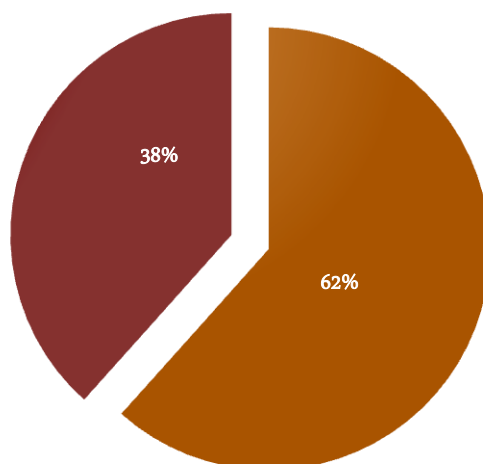


Ja Nein

FAIRE LÖHNE/GEHÄLTER



ANGEMESSENE ARBEITSZEITEN



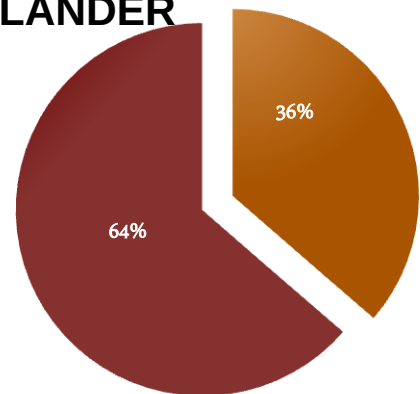
Frage: Q8. Sind Sie der Meinung, dass es in Ihrem Land einen ausreichenden gesetzlichen Schutz für Arbeiter und Angestellte in folgenden Bereichen gibt?

Anmerkung: G=13.015

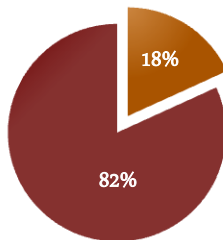
Gesetzlicher Schutz der Arbeitsplatzsicherheit?

■ Ja ■ Nein

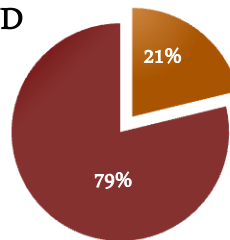
ALLE 13 LÄNDER



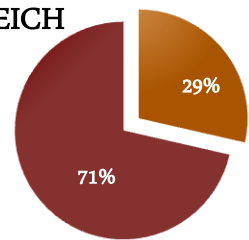
JAPAN



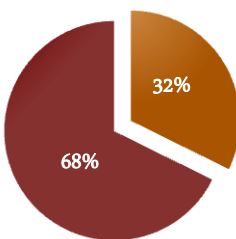
RUSSLAND



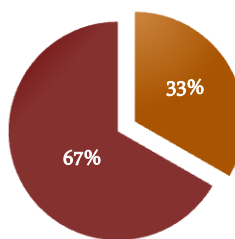
FRANKREICH



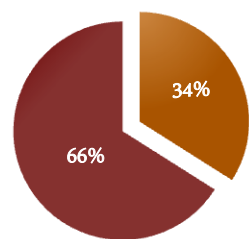
BELGIEN



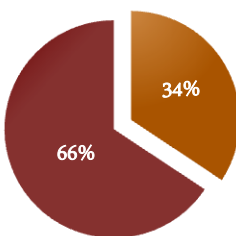
USA



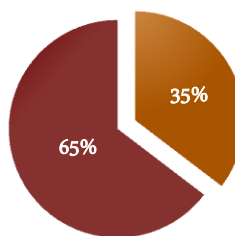
SÜD- AFRIKA



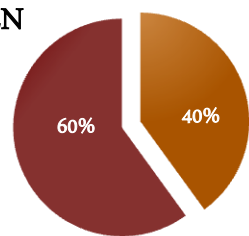
KANADA



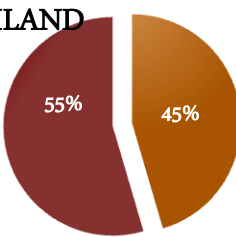
VK



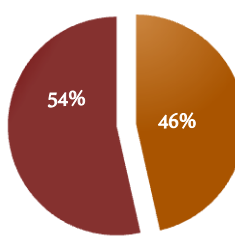
BRASILien



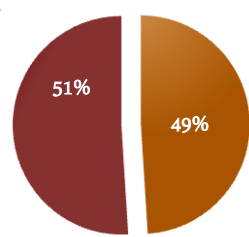
DEUTSCHLAND



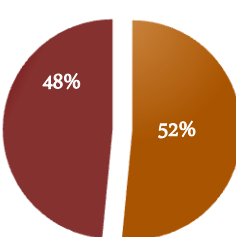
INDIEN



SPANIEN



CHINA

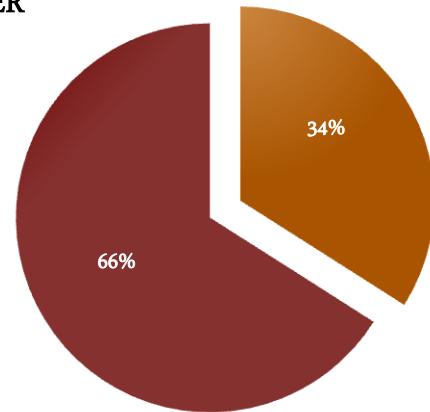


Frage: Q8. Sind Sie der Meinung, dass es in Ihrem Land einen ausreichenden gesetzlichen Schutz der Arbeitsplatzsicherheit für Arbeitnehmer gibt?
Anmerkung: G=13.015 für 13-Länder-Durchschnitt; N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land.

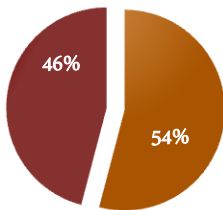
Gesetzlicher Schutz fairer Löhne/Gehälter?

Ja Nein

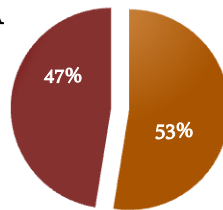
ALLE 13 LÄNDER



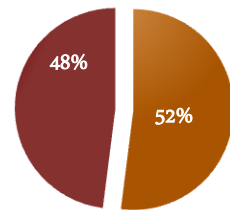
USA



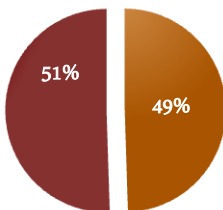
KANADA



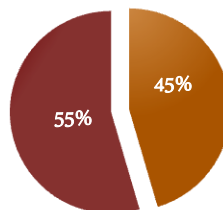
VK



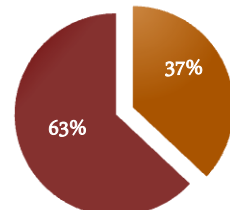
BELGIEN



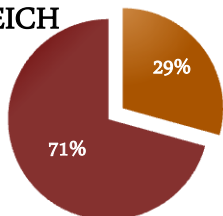
INDIEN



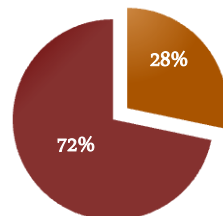
SÜD...



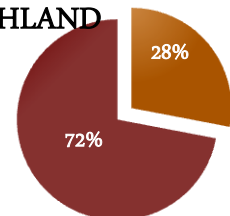
FRANKREICH



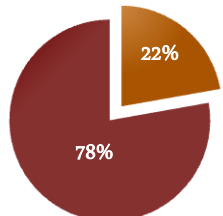
CHINA



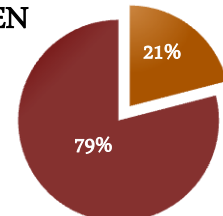
DEUTSCHLAND



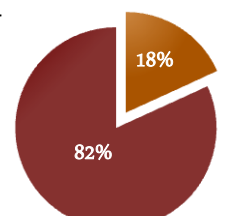
JAPAN



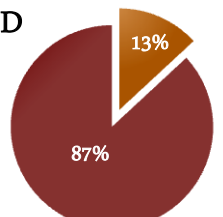
BRASILIEN



SPANIEN



RUSSLAND



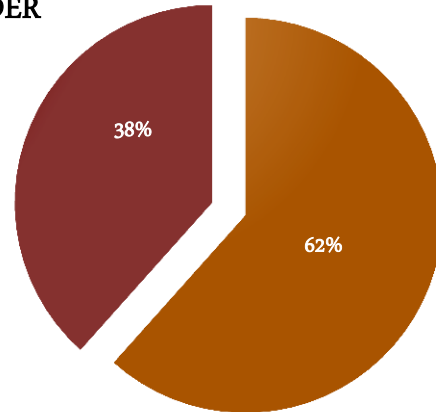
Frage: Q8. Sind Sie der Meinung, dass es in Ihrem Land einen ausreichenden gesetzlichen Schutz fairer Löhne/Gehälter gibt?

Anmerkung: G=13.015 für 13-Länder-Durchschnitt; N ist etwa

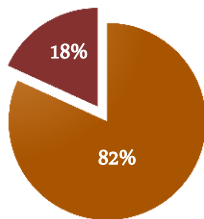
Gesetzlicher Schutz angemessener Arbeitszeiten?

Ja Nein

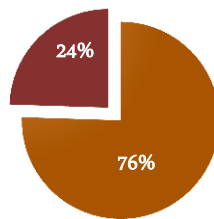
ALLE 13 LÄNDER



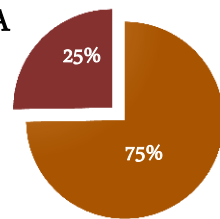
BELGIEN



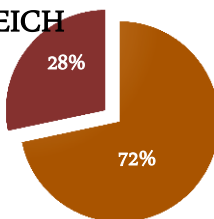
USA



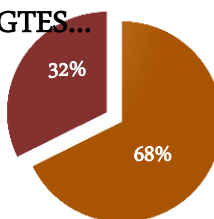
KANADA



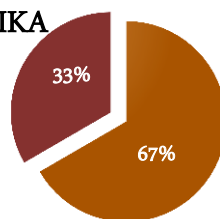
FRANKREICH



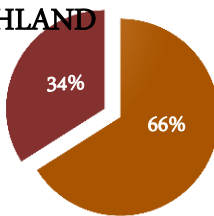
VEREINIGTES...



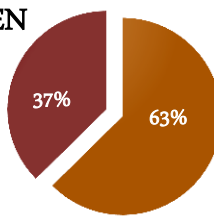
SÜDAFRIKA



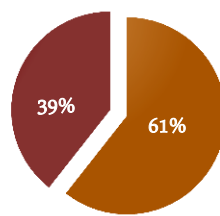
DEUTSCHLAND



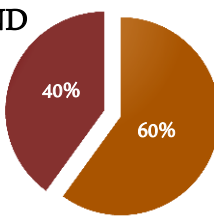
BRASILien



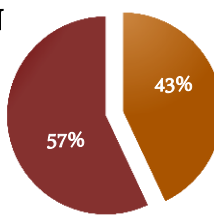
INDIEN



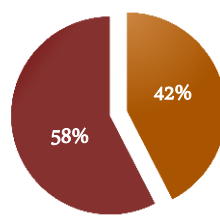
RUSSLAND



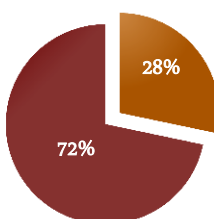
SPANIEN



CHINA



JAPAN



Frage: Q8 Sind Sie der Meinung, dass es in Ihrem Land einen ausreichenden gesetzlichen Schutz für angemessene Arbeitszeiten gibt?

Anmerkung: G=13.015 für 13-Länder-Durchschnitt; N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land.

Globale Forderung von Arbeitsgesetzen, einschließlich des Streikrechts

Umfrageteilnehmer aus der ganzen Welt äußern sich außergewöhnlich positiv zu einer Reihe von Arbeitsgesetzen, darunter auch 'das Streikrecht zur Durchsetzung besserer Löhne/Gehälter, Arbeitsbedingungen sowie Sicherheit und Gesundheitsschutz' (99 Prozent 'dafür', davon 75 Prozent 'voll und ganz'). Der Mindestlohn ist ein weiteres Arbeitsgesetz, das viel Anklang findet (96 Prozent dafür, davon 68 Prozent 'voll und ganz'). Kollektivverhandlungen (91 Prozent dafür, 47 Prozent voll und ganz) und das grundlegende Recht auf Gewerkschaftsbeitritt (89 Prozent dafür, 44 Prozent voll und ganz) werden ebenfalls stark befürwortet, allerdings mit etwas weniger emotionaler Intensität. Eine ernsthafte Opposition gegen eines dieser Gesetze gibt es nicht.

Besonders hohe Zustimmung in BRICS-Staaten: In den BRICS-Staaten werden Arbeitsgesetze emotional gesehen sogar noch nachdrücklicher befürwortet. Dies lässt sich am Ergebnis für die Bewertung 'voll und ganz dafür' ablesen, das 7 bis 9 Prozentpunkte über dem Durchschnitt für jedes dieser vier Arbeitsgesetze liegt. Die Ergebnisse aus den G20-Ländern entsprechen in etwa dem weltweiten Durchschnitt.

Überwältigende Befürwortung von Arbeitsgesetzen in allen 13 Ländern: Bürger dieser Welt stehen voll und ganz hinter dem Konzept der Arbeitsgesetze. Die vier in der Umfrage angeführten Arbeitsgesetze erhalten eine über 90-prozentige Befürwortung in jedem der einzelnen Länder. Insbesondere in China ist die Befürwortung außergewöhnlich hoch (99 Prozent dafür). Nur die Ergebnisse aus den USA (wo die Befürwortung 'nur' bei 85 Prozent liegt) und Südafrika (88 Prozent) weichen nennenswert vom weltweiten Durchschnitt ab.

Wirtschaftlicher und sozialer Hintergrund

Der zum falschen Zeitpunkt erfolgte Übergang von Konjunkturanreizen zu Sparpolitik brachte auch Angriffe auf die Arbeitsmarktinstitutionen mit sich. Die Sparpolitik hat versagt und zu stagnierendem globalem Wachstum, steigender Arbeitslosigkeit und zunehmenden gesellschaftlichen Unruhen geführt.

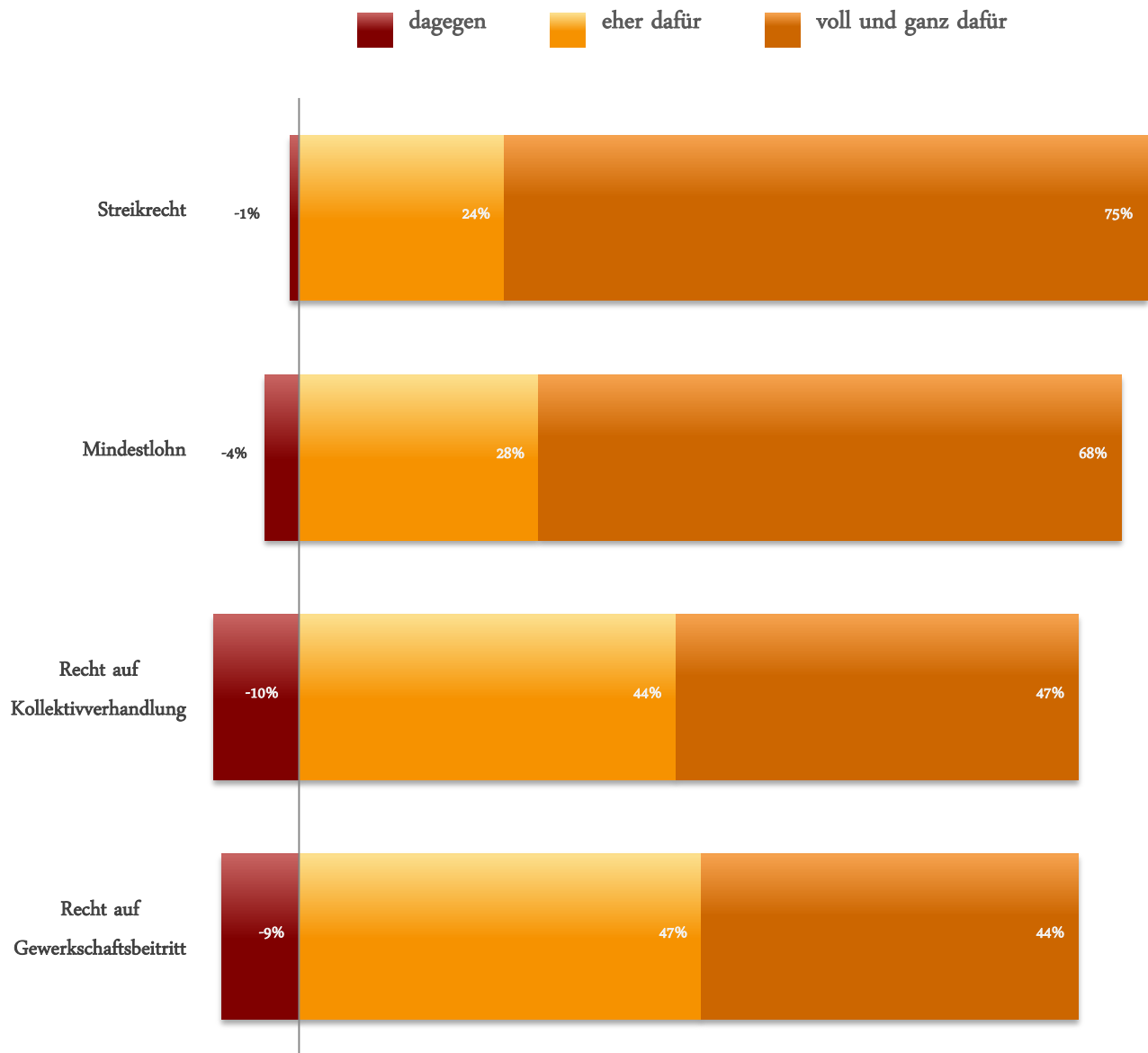
Zunehmende Ungleichheit vergiftet unsere Wirtschaftssysteme und Gesellschaften. Ein auf Einkommen basierendes Wachstum, das die Gesamtnachfrage ankurbelt, ist die einzige Lösung.

Empfehlungen der L20

Die L20 fordert die G20-Arbeits- und Finanzminister auf,:

- die Arbeitsmarktinstitutionen zu stärken, um eine gerechte Einkommensverteilung zu erzielen.
- für eine Umkehrung des Anstiegs der Einkommensungleichheit zu sorgen, indem als Teil einer kohärenten Arbeitsmarktpolitik zugunsten eines integrativeren Wachstums die Kollektivverhandlungsprozesse gestärkt, ein Mindestlohn festgelegt und eine soziale Grundsicherung eingeführt werden.
- sicherzustellen, dass Frauen von diesen arbeitspolitischen Maßnahmen profitieren, um eine weitere Vertiefung der Beschäftigungs- und Einkommenskluft zwischen den Geschlechtern zu vermeiden.

Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer



Frage: Q11. Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die folgenden Gesetze, ob Sie jeweils voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen sind?

Anmerkung: G=13.015 für 13-Länder-Durchschnitt; N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land.

Die Länder sind vom höchsten zum niedrigsten positiven Ergebnis angeordnet.

Anhang A: Methodik

In dieses Projekt wurden Erwachsene (18 Jahre und älter) in Belgien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Kanada, Indien, Japan, Russland, Südafrika, Spanien, dem Vereinigten Königreich und den USA einbezogen.

Essential Research konzipierte die Umfrage in Absprache mit TNS Opinion und dem IGB.

TNS Opinion führte die Feldarbeit zu dieser Umfrage durch. TNS Opinion war für die Übersetzungen, die Feldarbeit in 13 Ländern und die Datenverarbeitung zuständig.

Die Umfrage wurde zwischen dem 18. April und dem 1. Mai 2013 durchgeführt.

Die Auswahl der Teilnehmer an der Befragung erfolgte in jedem Land nach Quoten, die die jeweiligen landesspezifischen Verhältnisse im Hinblick auf Alter, Geschlecht und Region wiedergeben.

In jedem Land sollten 1.000 Personen befragt werden und insgesamt wurden 13.015 Umfragebögen ausgefüllt.

Die Umfrage wurde vollständig online durchgeführt.

Zur Auswertung und Aufbereitung der Daten wurden SPSS-Software und Microsoft Excel verwendet.

Dieses Projekt wurde gemäß AS: ISO20252 Richtlinien durchgeführt.



EMC und Essential Research waren für die Ausarbeitung der Fragen und das Projektmanagement verantwortlich.



Anker Solutions war für die Auswertung und die Berichterstellung zuständig.



TNS opinion

TNS Opinion koordinierte zusammen mit renommierten Partnern vor Ort in jedem beteiligten Land die Feldarbeit.



EMC ist Mitglied des Verbandes der Markt- und Sozialforschungsunternehmen.

Dieser Bericht, der für die G20-Arbeits- und Finanzminister erstellt wurde, ist Teil der IGB-Umfrage 2013, die beim G20-Gipfel im September veröffentlicht wird.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte: Gemma Swart, Tel.: +32 479 06 41 63 oder gemma.swart@ituc-csi.org oder besuchen unsere Website www.ituc-csi.org

Anhang B: Ländertabellen

Q6. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie die folgenden politischen Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Entwicklung neuer Branchen und zur Senkung der Arbeitslosigkeit unterstützen:

Große und multinationale Konzerne davon abhalten, Steuern zu vermeiden	DAFÜR %	DAGEGEN %
VEREINIGTES KÖNIGREICH	97	3
BELGIEN	92	8
SÜDAFRIKA	91	9
DEUTSCHLAND	91	9
CHINA	90	10
KANADA	89	11
SPANIEN	89	11
BRASILien	87	13
13-Länder-Durchschnitt	86	14
USA	86	14
FRANKREICH	83	17
RUSSLAND	77	23
INDIEN	75	25
JAPAN	75	25

Steuererhöhung für große und multinationale Konzerne	DAFÜR %	DAGEGEN N %
CHINA	88	12
DEUTSCHLAND	88	12
RUSSLAND	88	12
VEREINIGTES KÖNIGREICH	88	12
KANADA	87	13
SPANIEN	87	13
BELGIEN	85	15
FRANKREICH	80	20
INDIEN	80	20
13-LÄNDER-DURCHSCHNITT	80	20
JAPAN	77	23
USA	74	26
SÜDAFRIKA	68	32
BRASILien	57	43

Steuersenkung für große und multinationale Konzerne	DAFÜR %	DAGEGEN %
BRASILien	55	45
SÜDAFRIKA	37	63
RUSSLAND	34	66
INDIEN	31	69
USA	26	74
JAPAN	24	76
13-Länder-Durchschnitt	24	76
CHINA	20	80
FRANKREICH	17	83
BELGIEN	15	85
KANADA	14	86
VEREINIGTES KÖNIGREICH	14	86
SPANIEN	13	87
DEUTSCHLAND	9	91

Investitionen in Bildung, Forschung und neue Technologien	DAFÜR %	DAGEGEN %
BRASILien	97	3
DEUTSCHLAND	97	3
INDIEN	97	3
CHINA	96	4
VEREINIGTES KÖNIGREICH	95	5
SÜDAFRIKA	94	6
KANADA	93	7
RUSSLAND	93	7
13-LÄNDER-DURCHSCHNITT	92	8
BELGIEN	90	10
SPANIEN	90	10
JAPAN	89	11
FRANKREICH	84	16
USA	84	16

Investitionen in saubere Energie und grüne Wirtschaftszweige	DAFÜR %	DAGEGEN %
CHINA	97	3
BRASILien	96	4
INDIEN	95	5
SÜDAFRIKA	94	6
RUSSLAND	92	8
JAPAN	90	10
13-LÄNDER-DURCHSCHNITT	88	12
KANADA	88	12
DEUTSCHLAND	85	15
BELGIEN	85	15
SPANIEN	84	16
FRANKREICH	82	18
VEREINIGTES KÖNIGREICH	80	20
USA	77	23

Q8. Sind Sie der Meinung, dass es in Ihrem Land einen ausreichenden gesetzlichen Schutz für Arbeiter und Angestellte in folgenden Bereichen gibt?

Arbeitsplatzsicherheit	JA %	NEIN %
CHINA	51	48
SPANIEN	49	51
INDIEN	46	53
DEUTSCHLAND	45	54
BRASILien	40	60
13-Länder-Durchschnitt	36	63
VEREINIGT.KÖNIGREICH	35	64
SÜDAFRIKA	34	66
KANADA	34	65
USA	33	66
BELGIEN	32	67
FRANKREICH	28	70
RUSSLAND	21	78
JAPAN	18	81

Fairer Lohn/fares Gehalt	JA %	NEIN %
USA	54	46
KANADA	53	47
VEREINIGT.KÖNIGREICH	52	48
BELGIEN	49	51
INDIEN	45	55
SÜDAFRIKA	37	63
13-Länder-Durchschnitt	34	66
FRANKREICH	29	71
DEUTSCHLAND	28	72
CHINA	28	72
JAPAN	22	78
BRASILien	21	79
SPANIEN	18	82
RUSSLAND	13	87

Angemessene Arbeitszeiten	JA %	NEIN %
BELGIEN	82	18
USA	76	24
KANADA	75	25
FRANKREICH	72	28
VEREINIGT.KÖNIGREICH	68	32
SÜDAFRIKA	67	33
DEUTSCHLAND	66	34
BRASILien	63	37
13-Länder-Durchschnitt	62	38
INDIEN	61	39
RUSSLAND	60	40
SPANIEN	43	57
CHINA	42	58
JAPAN	28	72

Q11. Bitte sagen Sie mir in Bezug auf folgende Gesetze, ob Sie jeweils voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen sind?

Streikrecht	voll und ganz DAFÜR %	eher DAFÜR %	voll und ganz DAGEGEN %
BRASILien	92	7	1
SPANIEN	88	11	1
CHINA	88	12	0
RUSSLAND	86	13	1
SÜDAFRIKA	79	20	1
KANADA	77	22	1
13-Länder-Durchschnitt	75	24	1
INDIEN	72	25	3
BELGIEN	71	28	1
USA	68	29	3
VEREINIGT.K.	68	30	2
DEUTSCHLAND	65	34	1
JAPAN	63	36	1
FRANKREICH	58	40	2

Recht auf Kollektivverhandlungen	voll und ganz DAFÜR %	eher DAFÜR %	voll und ganz DAGEGEN %
CHINA	71	28	1
RUSSLAND	70	26	4
SPANIEN	68	27	5
BRASILien	67	31	2
13-Länder-Durchschnitt	47	44	9
DEUTSCHLAND	44	49	7
JAPAN	39	56	5
KANADA	39	48	13
BELGIEN	39	52	9
INDIEN	39	52	9
SÜDAFRIKA	36	42	22
VEREINIGT.KÖNIGR.	34	54	12
USA	32	47	21
FRANKREICH	32	60	8

Mindestlohn	voll und ganz DAFÜR %	eher DAFÜR %	voll und ganz DAGEGEN %
SPANIEN	88	10	2
BRASILien	86	11	3
CHINA	84	15	1
RUSSLAND	76	17	7
13-Länder-Durchschnitt	68	28	4
KANADA	68	29	3
VEREINIGT.K.	65	33	2
SÜDAFRIKA	63	30	7
BELGIEN	63	35	2
INDIEN	62	33	5
DEUTSCHLAND	61	34	5
USA	57	34	9
FRANKREICH	54	44	2
JAPAN	53	44	3

Recht auf Gewerkschaftsbeitritt	voll und ganz DAFÜR %	eher DAFÜR %	voll und ganz DAGEGEN %
CHINA	69	30	1
RUSSLAND	60	35	5
BRASILien	55	37	8
SPANIEN	54	37	9
DEUTSCHLAND	44	49	7
13-Länder-Durchschnitt	44	46	10
BELGIEN	42	49	9
VEREINIGTES K.	40	49	11
KANADA	36	47	17
JAPAN	36	58	6
SÜDAFRIKA	36	45	19
INDIEN	36	53	11
USA	33	47	20
FRANKREICH	29	61	10

Q12 Wären Sie voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen, dass die Regierung an der Bereitstellung folgender Leistungen für Arbeiter und Angestellte arbeitet?

Erschwinglicher Zugang zu medizinischer Versorgung	voll und ganz DAFÜR %	eher DAFÜR %	voll und ganz DAGEGEN %
BRASILien	93	5	2
SPANIEN	93	7	0
RUSSLAND	90	7	3
SÜDAFRIKA	85	13	2
BELGIEN	82	17	1
KANADA	81	18	1
13-Länder-Durchschnitt	76	21	3
INDIEN	76	21	3
DEUTSCHLAND	74	25	1
VEREINIGTES K.	69	28	3
FRANKREICH	66	33	1
JAPAN	63	35	2
USA	62	26	12
CHINA	61	35	4

Erschwinglicher Zugang zu Bildungsangeboten	voll und ganz DAFÜR %	eher DAFÜR %	voll und ganz DAGEGEN %
SPANIEN	92	8	0
BRASILien	92	6	2
SÜDAFRIKA	87	12	1
RUSSLAND	86	10	4
INDIEN	77	19	4
BELGIEN	74	24	2
13-Länder-Durchschnitt	72	25	3
CHINA	68	30	2
KANADA	68	28	4
VEREINIGTES K.	66	31	3
DEUTSCHLAND	64	35	1
FRANKREICH	58	41	1
USA	56	34	10
JAPAN	47	47	6

Angemessene Altersversorgung	voll und ganz DAFÜR %	eher DAFÜR %	voll und ganz DAGEGEN %
SPANIEN	91	9	0
BRASILien	90	8	2
RUSSLAND	89	6	5
CHINA	84	14	2
SÜDAFRIKA	82	15	3
BELGIEN	80	19	1
13-Länder-Durchschnitt	74	22	4
DEUTSCHLAND	74	25	1
KANADA	71	25	4
VEREINIGTES K.	69	29	2
INDIEN	68	28	4
FRANKREICH	63	36	1
USA	55	33	12
JAPAN	49	45	6

Erschwinglicher Zugang zu Kinderbetreuungsangeboten	voll und ganz DAFÜR %	eher DAFÜR %	voll und ganz DAGEGEN %
RUSSLAND	85	12	3
BRASILien	77	15	8
SÜDAFRIKA	70	25	5
INDIEN	68	28	4
SPANIEN	66	30	4
CHINA	61	35	4
13-Länder-Durchschnitt	59	34	7
DEUTSCHLAND	57	38	5
BELGIEN	52	41	7
KANADA	51	38	11
VEREINIGTES K.	47	42	11
JAPAN	46	49	5
USA	44	38	18
FRANKREICH	39	54	7

Leistungen bei Arbeitslosigkeit	voll und ganz DAFÜR %	eher DAFÜR %	voll und ganz DAGEGEN %
SPANIEN	73	24	3
SÜDAFRIKA	66	26	8
CHINA	64	32	4
RUSSLAND	64	27	9
KANADA	59	35	6
13-Länder-Durchschnitt	50	39	11
BRASILien	48	44	8
JAPAN	48	46	6
DEUTSCHLAND	47	46	7
USA	45	41	14
INDIEN	36	44	20
VEREINIGTES K.	33	48	18
BELGIEN	29	47	24
FRANKREICH	26	56	18